

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

267 (13.11.1896) I. Blatt



**Abgabe:**  
Wöchentlich zwölf Mal.  
**Abonnementpreis:**  
Bieterei jährlich:  
in Karlsruhe durch den Verleger  
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 3  
Mark 50 Pf., durch die Post  
ohne Anschlaggebühr 2 Mark  
50 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 8.

Telephonanschluß Nr. 401.

**Einzelgebühren:**  
Die 12spaltige Kolonelle  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Restamentheile 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenützte Gebühreneinlagen  
werden nicht aufbewahrt  
und können nachträgliche  
Ansprüche keine Berücksichtigung  
finden.

Nr. 267. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 13. November

1896

## Vom Tage.

Karlsruhe, 12. Novbr.

### Vor eine schwere Entscheidung

Sind die nationalliberalen Wähler im Reichstagswahlkreis Mainz-Oppenheim gestellt. Am nächsten Samstag findet dort Stichwahl statt. Auf der einen Seite steht ein Sozialdemokrat, auf der andern ein Vertreter des Centrums. Wie sich unzweifelhaft aus den Zahlen des ersten Wahlganges ergeben hat, liegt die Entscheidung in der Hand der nationalliberalen Wähler. Sie stehen vor der schweren Frage, ob sie sich der Wahl enthalten, oder dem Centrumskandidaten Schmitt ihre Stimmen zuführen und ihm so den Besitz des Mandats erst ermöglichen sollen. Die „Nat.-Lib. Korr.“ schreibt nun: „Zweifellos ist seitens des Centrums auf dem Gebiete der Wahlkämpfe in den letzten Jahren so wenig wie möglich geschehen, um den nationalliberalen Wählern in Mainz den Entschluß zu erleichtern. Wo bei den Hauptwahlen im Jahre 1893 zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten zu entscheiden war, hat es durch Wahlenthaltung oder, wo diese dem Nationalliberalen den Wahlsieg gesichert hätte, durch direkte Stimmzuführung sich auf die Seite des Sozialdemokraten gestellt. Wir nennen nur den Oberaunmstr. Solingen, München I, Offenbach, Straßburg. Noch deutlicher ist diese Feindseligkeit in Stichwahlen zu Tage getreten. Der Name Dornmund allein spricht Bände. Ganz abgesehen aber von den Reichstagswahlen wirkt im Lande Offen noch die gerechte Verbitterung nach, darüber, daß bei den Landtagswahlen das Centrum mit dem Feldgeschrei Nieder mit den Nationalliberalen alles unter seine Fahne versammelt, was nicht gerade als Stütze von Thron und Altar zu betrachten war. Auf die verbitternden Heereien der liberalen Blätter gehen wir nicht weiter ein. Man läßt nicht zu Ende. Zieht man aus allem die Summe, dann ist es mehr als erklärlich, wenn in Mainz die Führung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises noch mit dem Beschluß, die Streitkräfte der Partei für die Stichwahl bereit zu stellen, geögert hat, und im ersten berechtigten Unmut Stimmen laut geworden sind, die einseitigen Zeitgenossen, die so oft an einem Strange gegen die Nationalliberalen gezogen, nun ihre Sache allein ausfechten zu lassen. Aber, wie die erste Wahl ergeben hat, ist mit der Wahlenthaltung der Sieg des Sozialdemokraten gesichert, und damit liegen für die nationalliberalen Wähler in Mainz doch noch folgende Erwägungen nahe. So oft das Centrum, der Freisinn, die Demokratie sich nicht scheut haben, ihre Wähler für die Sozialdemokratie sich entscheiden zu lassen, zwischen der nationalliberalen Partei und dem Umsturz gab und giebt es keinen Kompromiß. Der Hof, mit welchem gerade durch die Sozialdemokratie den gemäßigten, nationalgesinnten Liberalismus mehr als irgend eine andere Partei unangenehm verflocht, ist der ehrende Beweis, wie ernst von dieser Seite die Aufgabe, die Sache des deutschen Bürgertums gewissenhaft zu führen, aufgefaßt und durchgeführt wird. Wird diese Thatsache auch jetzt fest ins Auge gefaßt, dann liegt der Gedanke nicht fern, daß in dem Bewußtsein, damit eine große nationale und kulturelle Aufgabe zu erfüllen, drückte, wenn auch sehr begründete Vermutungen nicht unüberwindlich sind. Damit aber würde sich auch bald die Milderung finden, daran, daß ja auch bei den Mainzer Stadtverordnetenwahlen eine gemeinsame Entscheidung mit dem Centrum gegen die Sozialdemokratie möglich war, daß ferner vor dem ersten Wahlgang das von einer verständnisvollen Politik genaugende Hebererinnern beschloffen werden konnte, in friedlichem Wettstreit, ohne Verlegung des Gegners den Wahlkampf zu führen. Bist man diese Erwägungen und mit diesen die Rücksicht auf die großen Aufgaben der Partei entscheiden, dann ist die Parole von selbst gegeben: nicht aus Liebe zum Kandidaten des Centrums, vielmehr trotz der Sünden seiner Partei, aus der Grundanschauung des nationalen Liberalismus heraus auch hier gegen den Umsturz zu kämpfen, also gegen den Sozialdemokraten in der Stichwahl zur Stelle zu sein.“ Aus Berlin wird uns heute gemeldet, daß der Central-Ausschuß der nationalliberalen Partei gemeinschaftlich mit der nationalliberalen Reichstagsfraktion ein Telegramm an die Mainzer Parteigenossen sandte, worin denselben dringend empfohlen wird, bei der Stichwahl daran festzuhalten, daß alle auf dem Boden der gesellschaftlichen Ordnung lebenden Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen müssen.

### Die liberale Macht in Belgien.

In Belgien ist der Kriegsminister gestürzt worden, weil die Wächter nichts von der schon lange versprochenen Heeresreform wissen wollen. Längst war öffentlich in Aussicht gestellt, daß in Belgien der persönliche Heeresdienst eingeführt und die Stellvertretung abgeschafft werden sollte. Die Heeresreformvorlage sollte bei der am 10. November erfolgten Kammeröffnung eingebracht werden. Nun wurde aber in einer am Samstag unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Sitzung des Ministerrats beschlossen, von der Einbringung der Vorlage vorerst Abstand zu nehmen — und doch hatte das Kabinett erst vor kurzem dem von Kriegsminister General Broffine vorgelegten Entwurf seine feierliche Zustimmung erteilt und den Kriegsminister ermächtigt, die baldige Einbringung des Entwurfs beim Empfange einer Offiziersabordnung öffentlich anzukündigen! Natürlich konnte der Kriegsminister dem auffallenden Gefinnungswechsel des Kabinetts gegenüber nichts anderes thun, als seine Entlassung einreichen, an der er auch festhielt, obwohl der König ihn mehrmals ersucht hatte, zu bleiben. Woher kommt nun aber der Gefinnungswechsel des Kabinetts? Derselbe ist, wie dem „Schw. M.“ aus Brüssel geschrieben wird, einfach darauf zurückzuführen, daß der Abg. Woeste, den König Leopold II. einst als den „unheilvollen Mann“ gekennzeichnet hat, beim Ministerpräsidenten erschien und demselben im Namen der in Wirklichkeit Belgien beherrschenden Wächter befohl, den Heeresreformentwurf von der Tagesordnung abzuheben oder seinen Sturz zu gewärtigen. Der Ministerpräsident Desmet de Roeyer, der bereits mehrmals den Beweis erbracht hat, daß er seine politische Meinung dem Könige, im Amte zu bleiben, unterzuordnen versteht, gehorchte dem bischöflichen Befehl sofort und opferte den Kriegsminister. Die Liberalen geben sich aber einem argen Irrtum hin, wenn sie glauben, mit dem General Broffine auch die Heeresreform beseitigt zu haben. Wie die öffentliche Meinung ihnen die Erweiterung des Wahlrechts abgerungen hat, so wird sie ihnen auch die Einführung des persönlichen Heeresdienstes abspinnen. Die Militärkreise werden nicht ruhen, bis die gegenwärtige, veraltete Heeresverfassung in Belgien einer Reform an Haupt und Gliedern unterzogen ist. Mit dieser Stimmung und mit der Unzufriedenheit des Königs werden die Liberalen fortan zu rechnen haben. Der größten Dienst haben sie aber der revolutionären Sozialdemokratie erwiesen,

die in dem Rechte der Reichen, sich für 1600 Fr. vom Heeresdienste loszulassen und denselben ausschließlich den Nichtbegüterten zu überlassen, ihr wirksamstes Agitationsmittel besitzt. Die liberale Presse ist einstimmig in ihrer Entrüstung über den Rückzug des Kabinetts in der Heeresfrage. Mehrere Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß im Interesse der Ehre des Heeres kein General sich bereit finden werde, die Nachfolge Broffines zu übernehmen, obgleich bereits von einigen Blättern der Schwager Woestes, General Baron Grein, als ein möglicher Kriegsminister genannt wird.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Nov.

Die 2. Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung wird fortgesetzt bei § 77 des ersten Gesetzes. Nach der Vorlage sollen hier auch die Strafkammern künftig nur in der Besetzung von drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden entscheiden. Die Kommission hat den Paragrafen dahin abgeändert, daß die Strafkammern für Hauptverhandlungen in der Berufungsinstanz bei Vergehen, außer in Fällen der Privatklage, mit fünf Richtern zu besetzen seien.

Abg. Rembold (Str.) hat beantragt, daß die Civil- und Strafkammern in der Besetzung von 3 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden entscheiden, daß aber in der Hauptverhandlung zwei Schöffen hinzutreten sollen.

Abg. Schmidt-Barburg (Str.) beantragt, für den Fall der Ablehnung des Antrags Rembold zu bestimmen, daß in der Hauptverhandlung die Strafkammern a) in erster Instanz bei Vergehen, in welchen ein Verbrechen den Gegenstand der Verhandlung bildet, b) in zweiter Instanz bei Vergehen, in welchen ein Vergehen, mit Ausnahme der Privatklagen, den Gegenstand der Verhandlung bildet, in der Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden entscheiden sollen. Im Falle der Ablehnung auch dieses Antrages soll bestimmt werden: Für die Hauptverhandlung sind die Strafkammern einschließlich des Vorsitzenden a) in erster Instanz mit vier Richtern, b) in der Berufungsinstanz bei Verbrechen und in Fällen der Privatklage mit 3, in sonstigen Fällen mit 5 Richtern zu besetzen.

Gch. Oberregierungsrat Lenthe: Die verbündeten Regierungen haben es für zulässig gehalten, die Kammer durchweg nur mit 3 Männern zu besetzen. Die Kommission hat sich bereits auf einen andern Standpunkt gestellt. Sollten die Regierungen sich diesen Standpunkt zu eigen machen, so zeigen sie dem Reichstag gegenüber ein weitgehendes Entgegenkommen. Weiter zu gehen dürften sie nicht in der Lage sein. Ich muß Sie daher dringend bitten, alle über den Kommissionsantrag hinausgehenden Anträge abzulehnen. Die Regierungen sind nicht in der Lage, unnütze finanzielle Opfer zu bringen. Sie sind nach den Erfahrungen, die man mit den Dreimännerkollegien gemacht hat, überzeugt, daß die Sicherung der Rechtspflege nicht leiden wird; die Garantien, die der Angeklagte hat, bleiben im wesentlichen bestehen. Auch die zweite Instanz wird in jedem Falle die Schuldfrage auf das Eingehendste zu prüfen haben. Die Heberweisung von schweren Sachen an die Strafkammern braucht wegen der Reduzierung der Besetzung nicht wieder rückgängig gemacht zu werden. Als Gegengewicht gegen diese Reduzierung tritt auch hier die Berufung hinzu. Würde der Antrag Rembold angenommen, so würde durch Hinzuziehung von Laien die Entscheidung erschwert werden. Die einzelnen Sachen würden längere Verhandlungen erfordern. Dadurch ergibt sich von selbst die Notwendigkeit der Vermehrung der Sitzungstage und damit der Richter. Noch schlimmer wird die Sache in ihren Konsequenzen, wenn nach weiteren Anträgen des Abgeordneten Rembold auch zu den Entscheidungen der Oberlandesgerichte Laien hinzugezogen werden sollten. Es würde uns einfach an dem dazu nötigen Material fehlen und man würde damit den Bestrebungen vorarbeiten, welche auf eine Beseitigung der Schlichtergericht hinauslaufen. Die Erfahrungen mit der Hinzuziehung des Laienelements sind solche, daß man ohne Notwendigkeit darin nicht weiter gehen soll. Der Antrag Rembold würde uns also in ein Experiment führen, zu dem keine Notwendigkeit vorliegt. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen. Die Anträge Schmidt sind bereits in der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Ich hoffe, sie werden auch im Plenum keine Majorität finden.

Abg. Günther (natl.) (Auf der Tribüne schwer verständlich.) Ich muß nach meiner langjährigen richterlichen Erfahrung den Antrag Rembold für durchaus unbedenklich erklären, da es für die zu seiner Annahme erforderlichen Schöffen an geeigneten Material keinen Mangel gibt. Das Laienelement ist durch Hinzuziehung zum Geschworenen- und Schöffennam bereits stark deplatet. Die Anträge Schmidt würden die Strafkammern viel zu kompliziert gestalten. Ich bitte Sie daher, die Kommissionsvorlage anzunehmen und die Anträge Schmidt und Rembold abzulehnen.

Seheirat P. L. S.: Der Justizminister, der durch unausschießliche andere Dienstgeschäfte abgerufen worden ist, hat mich beauftragt zu erklären, daß er zu seinem Bedauern den Antrag Rembold als unannehmbar bezeichnen muß. Seine Annahme würde gleichbedeutend mit dem Scheitern der Vorlage sein. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die verbündeten Regierungen überhaupt eine Aneignung gegen die Hinzuziehung des Laienelements hätten, aber man darf nicht aus dem Auge lassen, daß das letztere durch die Hinzuziehung zu den Schöffen- und Geschworenenämtern bereits stark überlastet ist. Ferner muß berücksichtigt werden, daß es uns bereits heute an dem geeigneten Material für diese beiden Aemter mangelt. Durch die Annahme des Antrages Rembold würde aber nahezu die doppelte Zahl an Schöffen notwendig werden. Auch müßten die Ansprüche an die Qualifikation der den Strafkammern zuzuwendenden Schöffen erheblich gesteigert werden. Es ist daher nicht abzusehen, wie wir ein so geeignetes Material in genügender Menge beschaffen können. Der Bundesrat kann zu einem solchen Experiment seine Zustimmung nicht erteilen.

Abg. Mündel (fr. Sp.): Mir wäre die Beibehaltung des bestehenden Zustandes das Beste und ich beantrage daher die Ablehnung des Kommissionsantrages und auch der Vorlage. Sollten Sie dem nicht zustimmen, so würde ich für den Antrag Rembold stimmen. Als einen Fortschritt müßte man im Jahre 1879 die Einführung der Fünfmännerkollegien ansehen. Jetzt sollte der zweite Fortschritt folgen, die Verbesserung der zweiten Instanz. Zu unserem Bedauern müssen wir nun da hören, daß wir diesen Fortschritt nur erlangen können, wenn wir gleichzeitig die erste Instanz verschlechtern. Die Berufung, die so geschaffen werden soll, kann weder für den Angeklagten, noch für den Staatsanwalt ein Segen sein. Warum geht man nicht gleich noch weiter und schlägt überhaupt die Abschaffung der Kollegien vor? Den Vorzug, den die

Dreimännerkollegien vor den Fünfmännerkollegien haben, hat das System der Einzelrichter vor den Dreimännerkollegien auch. Schließlich könnte man dann die Richter ganz abschaffen und man gelangt zu dem Ideal des sozialdemokratischen Zukunftsstaates. Bei der Entscheidung über die Schuldfrage liegt in der Zahl der Richter ohne Zweifel eine wesentliche Garantie für den Angeklagten. Diese sollte man nicht beseitigen, um Ersparnisse zu machen. Lassen wir es bei unserer bewährten Instanz und ändern wir nichts daran aus finanziellen Rücksichten.

Abg. v. Buchla (konf.): Nachdem die Regierung erklärt hat, daß die Behandlung der gestellten Anträge die Vorlage zum Scheitern bringen würde, bedarf es keiner eingehenden Bekämpfung der Anträge mehr. 5 Richter können ebenso gut ihren wie 3. Es kommt also auf das tüchtige Material an und nicht auf die Zahl, zumal jetzt ein eventueller Irrtum in der zweiten Instanz beseitigt werden kann. Ueber die Einführung großer Schöffengerichte, wie sie der frühere Justizminister Leonhard anstrebte, ließe sich nur dann reden, wenn die Schwurgerichte beseitigt würden; denn bei ihrem gleichzeitigen Fortbestehen würde das nötige Schöffennaterial fehlen. Im Interesse des Justizsystems des Gesetzes bitte ich Sie, die gestellten Anträge abzulehnen und es bei dem Kommissionsvorlage zu belassen.

Abg. Miderer (fr. Sp.): Ich bin ein Freund der Einführung der Berufung, aber ich will sie auch nicht durch Verschlechterung der ersten Instanz erkauft sehen. Ich fürchte auch nicht, daß die Regierung, wenn Sie einen der gestellten Anträge annimmt, die Vorlage zum Scheitern bringen wird. Allerdings erleben wir es unter dem Finanzminister Miquel immer mehr, daß die Kultur- und Bildungsaufgaben leiden. Der Justizminister muß alle Jahre sich quälen, um dem Finanzminister ein paar tausend Mark und ein paar Richter aus den Fäbren zu reißen. (Heiterkeit.) Für Breiten kann der Mehraufwand doch wohl kaum mehr als eine halbe Million betragen. Es handelt sich nicht um unnütze, sondern um sehr notwendige Ausgaben.

Geheimrat Bierhaus: Jeder Verwaltungskreis muß in einem geordneten Staate mit den vorhandenen Mitteln rechnen, also auch die Justizverwaltung. Auch sie muß immer denjenigen Weg beschreiten, der den Steuerzahlern die geringsten Opfer auferlegt. Daraus, daß die Regierung dies gethan, darf ihr somit kein Vorwurf gemacht werden. Man muß bedenken, daß der preussische Staat für Justizzwecke etwa 64 Millionen an Zuschüssen leisten muß. Die Zuschüsse haben sich von Jahr zu Jahr gesteigert. In den letzten Jahren allein sind 438 neue Richterstellen geschaffen worden, und der Justizminister wird weiter bemüht sein, die Stellen zu vermehren. Die preussische Justizverwaltung muß also den größten Wert darauf legen, daß der Reichstag nicht über den Kommissionsvorschlag hinausgeht. Der Antrag Rembold ist ganz unannehmbar. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß der Mehrbedarf an Schöffen nach diesem Antrage ungefähr auf 70 000 zu schätzen sein würde. Wir würden mehr Laien für die Strafkammern heranziehen müssen, als heute für die Schwurgerichte insgesamt erforderlich sind. Daraus erhellt, wie groß die Belastung des Laienelements sein würde.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die finanziellen Bedenken, die gegen die Vorlage angeführt werden, würden mit einem Schläge beseitigt sein, wenn man die geheimen Fonds für die Zwecke der Justizverwaltung verwendete, die heute den Zwecken der Kriminalpolizei dienen.

Abg. Lerno (Str.): Im Prinzip ist allerdings auch mir ein mit fünf Richtern besetztes Gericht erster Instanz lieber, als ein mit drei Richtern besetztes. Hier handelt es sich aber in erster Linie darum, etwas zu stande zu bringen, was den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Bei militärischen Forderungen pflegt man bei uns den fiskalischen Standpunkt weniger zu betonen. Für den Vorschlag, den Strafkammern Laien als Beisitzer beizugeben, kann ich mich nach meinen Erfahrungen als Richter nicht erwidern und die Heranziehung als Schöffen und Geschworene ist bei uns in Bayern nur gering. Die Bevölkerung empfindet schon den heutigen Zustand als eine zu weitgehende Belastung. Wir bayerischen Centrumsmitglieder würden mithin geneigt sein, im Interesse des Laienelements der Vorlage für die Kommissionsvorlage zu stimmen.

Abg. Riesel (natl.): Er sei gleichfalls kein Anhänger der Hinzuziehung des Laienelements und jage ein Fünfmännerkollegium dem Vorschlage der Regierung vor. Am aber nicht die Vorlage zum Scheitern zu bringen, werde seine Partei für die Kommissionsvorlage stimmen.

Justizminister Schönstedt (der inzwischen erschienen ist): Ich bitte dringend, die Vorlage nicht zum Scheitern zu bringen aus den Gründen, die wir bezüglich der Organisation und der Kosten bereits gegen die Anträge ausgeführt haben. Die Ansprüche, die durch die Schöffen- und Geschworenen-Gerichte jetzt schon an das Laienelement gestellt werden, sind ganz ungeheuer.

Darauf schließt die Beratung. Nur der Antrag Mündel wird angenommen, wonach es bei dem bestehenden Zustande bleibt. Hierauf verlegt sich das Haus.

Präs. v. Bülow teilt mit, daß die Centrumsinterpellation, betr. die Hamburger Veröffentlichung, dem Wunsche der Interpellanten entsprechend, am Montag auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

## Deutsches Reich.

Karlsruhe, 12. Nov. Unter den Vorwürfen, die in den letzten Tagen gegen den Fürsten Bismarck von seinen Puffern — dieses Wort sagt nicht zuviel — geschleudert wurden, war auch der, daß er „unverständlich“ sei. Sehr zutreffend weisen die „Dresdener Nachrichten“ diesen Vorwurf zurück, indem sie daran erinnern, wie Fürst Bismarck überall da, wo er die Reichsregierung auf rechtem Wege sah, mit seiner Anerkennung und Zustimmung nicht zurückhielt. Sie verweisen dabei auf die sympathische Beurteilung, welche das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger von Transvaal in dem „Hamburger Nachr.“ erfahren hat, sowie auf die Anerkennung und energische Unterstützung, welche das Hamburger Organ des Altreichskanzlers der Beteiligung Deutschlands an der franko-russischen Kooperation in der ostasiatischen Sache hat zu teil werden lassen. Nach der persönlichen Seite hin aber wird es genügen, an die dankende Quittung zu erinnern, welche das Blatt dem Fürsten Hohenlohe im vorigen Jahre für sein ritterliches Eintreten für den Fürsten Bismarck ausgestellt hat, um zu bekräftigen, daß es wirklich wahr ist, was Fürst Bismarck in einem seiner letzten Hamburger Artikel hat aussprechen lassen: daß es nur des geringsten Zeugnisses von wohlwollender Erinnerung an die



Zeit Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers bedürfe, um ihn manche erlittene Unbill vergessen zu lassen. Fürst Bismarck hat stets den Grundsatz vertreten: measures not men, wenn er auch der Welt — die zum größten Teile die Ziele und die Mittel des Fürsten Bismarck erst später begreifen und würdigen lernte — verleitet durch die Uebermacht der Persönlichkeit, oft anders erschienen sein mag. Fürst Bismarck darf, wenn er, fatigiert von Eriegen und Ehren ohne gleichen, den Abend seines Lebens dazu benutzte, seinem Staate und Volke Ratsschläge zu erteilen, wie nur er sie zu erteilen vermag, in Anspruch nehmen, vor jeder gehässigen, unwürdigen und frivolen Beurteilung seines Thuns und Tuns verschont zu bleiben.

**Paris, 11. Nov.** Großfürst Wladimir von Rußland traf heute Nachmittag 5 1/2 Uhr auf der Wiltparkstation ein und wurde vom Kaiser empfangen. Nach herzlichem Begrüßung begaben sich der Kaiser und Großfürst Wladimir zu Wagen nach dem neuen Palais.

**Frankfurt a. M., 10. Nov.** Die christlich-soziale Partei hielt heute hier eine Vertrauensmännerversammlung ab, zu welcher über 60 Teilnehmer eingetroffen waren. Von bekannten Persönlichkeiten waren erschienen: Hosprediger a. D. Stöcker, Licentiat Weber-München-Gladbach, Pfarrer Wahl-Langen, Graf Solms-Laubach u. a. Die Tagesordnung umfaßte eine Reihe von Punkten zur gegenwärtigen Bewegung, sowie über Organisation und Agitation der Partei. Die einleitende Ansprache hielt Stöcker, welcher an den heutigen Geburtstag Lutthers erinnerte und so dann die Trennung vom evangelisch-sozialen Kongreß und den „Jungen“ besprach. Ueber „Das Christliche in Christlich-Sozial“ referierte Licentiat Weber. Weitere Vorträge hielten Pfarrer Wahl-Langen, Dr. Vogel-Laubach, Redakteur Stein-Berlin und Graf Solms-Laubach.

### Ausland.

**Frankreich.**  
**Paris, 11. Nov.** Königin Amalie von Portugal ist heute früh 8 Uhr 45 Min. in Paris eingetroffen. Die in den Blättern verbreitete Nachricht, daß sich dieselbe in dem Zuge befunden hätte, welcher um 11 Uhr 40 Min. vormittags in der Nähe des Ostbahnhofes mit einem Güterzuge zusammenstieß, ist irrig.

**England.**  
**London, 11. Nov.** Eine Depesche der „Standard and Diggers News“ aus Johannesburg meldet, die Regierung von Transvaal habe beschlossen, von der Chartered Company 1 Million Pfd. Sterl. Entschädigung für den Einfall Jamesons zu verlangen.

### Baden und Nachbarländer.

**Karlsruhe, 12. Nov.** Die Erklärung der Redaktion der „Karlsruh. Ztg.“ zur Bismarckangelegenheit hat den „Bad. Landesboten“ zu einem Ausbruch des größten Wergers veranlaßt. Er droht sogar mit einer Erörterung in nächster Landtag. Uns kann's recht sein, wenn die Opposition die Bismarckangelegenheit gewissermaßen zur Wahlparole macht. Das Demokratienblatt wird dann sehen, was man im Volke von dem schimpflichen Gebahren der Bismarckfeinde hält. Uebrigens bringt der „Landesbote“ in seiner gestrigen Nummer, allerdings wider Willen, einen deutlichen Beleg dafür, daß die Anhänger des Fürsten Bismarck an Zahl weit größer sind, als seine Gegner zugeben. Er schreibt, daß die Besucher des Wöhlting'schen Vortrags „aus Beuten bestanden, die man sonst nicht zu Politikern rechnet“. Die Bismarckgemeinde geht also weit über den Rahmen einer Partei hinaus. Das haben wir immer behauptet und so kann es uns nur angenehm sein, wenn die Oppositionsparteien mit ihrem unklugen Gebahren auch die — leider sehr zahlreichen — Kreise derer zur Wahlurne bringen, die sich sonst von der Politik fernhalten!

**Karlsruhe, 12. Nov.** In einem Artikel über die Erklärung im „Bad. Beobachter“, daß niemand in Freiburg irgend etwas im Namen des Erzbischofs wahlartikeln deselben zu thun habe, schließt ein Korrespondent der „Straßb. Post“ sich unserem Gedankengange an. Zudem er aber gleichfalls bemerkt, daß die K. Artikel weit weniger auffällig waren als die W. Artikel, fügt er hinzu, daß wohl niemand geglaubt habe, die K. Artikel rührten von Weibsbildern her. Er meint, daß die W. Artikel der K. Artikel eine ganz andere Persönlichkeit bedecken. Welche, das kann die „Straßb. Post“ aus folgender Zuschrift entnehmen, welche heute die „Freisgauer Ztg.“ bringt:

„In der gestrigen Abend ausgegebenen Nummer Ihres Blattes lese ich mit Bezug auf die Erzbischofswahl: „Ein hiesiger Korrespondent des „Bad. Beobachters“, dessen Zeichen K. einen erzbischoflichen Beamten vermuten läßt, hat sich schon in zwei Artikeln mit der Kandidatenfrage beschäftigt...“ Da diese Vermutung auf mich bezogen wird, sehe ich mich veranlaßt, zu erklären, daß ich in Sachen der Besetzung des erzbischoflichen Stuhles weder bisher ein Wort publiziert habe, noch es zu thun gedenke.

Ich erlaube Sie um gest. Aufnahme dieser Zuschrift in die nächste Nummer Ihres Blattes.

Freiburg, 10. Nov. 1896.

**E. Kreuzer, Erzbischof. Justizrat.**  
Uebrigens bemerkt gleich uns und der „Straßb. Post“ auch die „Bsg. Ztg.“, es dürfe wohl angenommen werden, daß sich die „Beobachter“-Erklärung nicht allein gegen die K., sondern auch gegen die W. Artikel richtet. Wenn erstere speziell aufgeführt sind, so hat dies wohl seinen Grund in den Möglichkeiten, die sich für die Deutung des K. Zeichens ergaben und die den Wunsch besonders nahe legen mußten, den Verdacht der Urheberchaft für den im letzten K. Artikel entwickelten Mobilisationsplan des badischen Klerus gegen die Staatsregierung ausdrücklich von der Freiburger Kurie abzuweisen. Vielleicht hat man auch nicht ungern den Verfasser der W. Artikel mehr im Hintergrund gelassen, um bei seinem reizbaren Temperament neues Unglück zu verhüten.“

**Karlsruhe, 12. Nov.** Der „Mannh. Anzeiger“ bringt in seiner Mittwochnummer einen weiteren Leitartikel, der sich energisch gegen jede Art von Unterfützung des Antisemitismus durch die freie Partei wendet. Es heißt da:

„Wir müßten blind sein, meine ich, wenn wir das thäten, wenn wir etwa beispielsweise dafür sorgten, daß bei uns eines schönen Tages ein wenig Antisemitismus, ein wenig Konfessionshass und recht viel Liberalismus Trumpf würde. Eigentlich sollte das ja alles selbstverständlich sein, und darum auch ganz selbstverständlich die Meinung, daß im speziellen Fall der Entscheidung zwischen einem Antisemiten und einem Nationalliberalen der Letztere als das kleinere Uebel zu erachten sei. Ich möchte es für keine gute Politik halten; denn es schiene mir eine Politik der Leidenschaft, des doktrinarären Hasses, aber keine Politik, die das Mögliche und Erreichbare, die den Zweck im Auge hat. Ich glaube die Zahl derer, die es bedauern würden, wenn solche Politik gemacht würde, wäre keine geringe. Die Politik ist die Kunst des Möglichen und Erreichbaren. Wir treiben die Politik unserer Partei, nicht um der Politik willen und nicht um irraet studio.“

Das sind bittere Pillen, die Herr Heimburger da zu schlucken bekommt! Der „Landesbote“ seinerseits hat sich zu einer Erwiderung auf den Mauer'schen Artikel aufgerafft. Sie besteht teils in einem „Protest“, dem keine Begründung beigelegt ist, teils in der „dringenden Bitte“, sich nicht zu engagieren, bevor die Gesamtpartei durch ihre berufenen Organe gesprochen habe.

**Karlsruhe, 12. Nov.** Die Nr. 261 und 262 I der „Bad. Landesztg.“, worin die Artikel „Der getreue Edart und seine Widerfacher“ veröffentlicht sind, wurden von so vielen Seiten nachverlangt, daß unser Vorrat nahezu erschöpft ist. Aus verschiedenen Zuschriften ersehen wir mit Vergnügen, daß jene

Nummern in den Wirtschaften, wo die „Bad. Landesztg.“ aufliegt, vielfach entwendet wurden in der löblichen Absicht, die Artikel auch solchen zur Kenntnis zu bringen, die weder auf die „Bad. Landeszeitung“ abonniert sind noch auch ein Birtshaus besuchen. Sehr gern haben wir den betr. Wirtschaftsinhabern die Blätter erseht. Wir sind auch bereit, den Freunden unserer Blätter den noch vorhandenen Rest der Auflage zum Zweck der Weitergabe an Bekannte zu überlassen. Es handelt sich bei Bekämpfung der Bismarckhege um ein so wichtiges nationales Interesse, daß Artikel, die — wie es nach den uns gewordenen Zuschriften hier offenbar der Fall ist — weite Kreise zu paden und in ihrem nationalen Bewußtsein zu füttern geeignet sind, gar nicht genug verbreitet werden können. Wir möchten bei dieser Gelegenheit überhaupt die Bitte an unsere Freunde richten, Nummern der „Bad. Landesztg.“, deren weitere Verbreitung ihnen wünschenswert erscheint, in jeder beliebigen Anzahl von uns zu verlangen: wir sind im Interesse der Sache sowohl wie in unserem eigenen, die sich beide in diesem Falle vollständig decken, jederzeit mit Vergnügen bereit, jede gewünschte Anzahl zur Verfügung zu stellen. Unsere Freunde sollten es als Pflicht betrachten, nach Kräften für die immer weitere Verbreitung eines Blattes zu arbeiten, das ihre nationalen und liberalen Anschauungen mit Ernst und Entschiedenheit zu vertreten sucht.

**Heidelberg, 10. Nov.** Es ist auffallend, wach ein großes Interesse in unserm feuchtschönen Heidelberg für die Mäßigkeits-Bewegung besteht. So war heute Abend der ziemlich große Saal des Prinz Max dicht besetzt von solchen, die näheres über die Gründung des geplanten Alkoholfreien Volksheims hören wollten. Ueber die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit waren alle Anwesenden mit dem Hauptredner des Abends, Prof. Kräpelin, einig; einen Widerspruch erhob niemand, dagegen äußerten sich mehrere Herren und mehrere Damen in freudig zustimmendem Sinne. Leider ist es noch immer nicht gelungen, ein in jeder Beziehung passendes Lokal ausfindig zu machen. Für die nach Größe und Lage geeigneten wird ein zu hoher Preis verlangt. Der Vorstand des Mäßigkeits-Vereins hofft indessen sicher, doch noch in nächster Zeit etwas Konvenientes zu finden.

**Heidelberg, 10. Nov.** Eine in Karlsruhe wohnhafte Dame, welche zunächst nicht genannt sein will, hat, um das Gedächtnis ihres verstorbenen Vaters, eines geborenen Heidelbergers, zu ehren, für ein von Professor Gernann Holz in Karlsruhe auszuführendes Denkmal für den 1849 verstorbenen Pfälzer Dichter Karl Gottfried Adler die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Das Denkmal soll, wie die „Hdb. Ztg.“ mitteilt, in einer Nische aus Bronze-Guß in 1/2-sacher Größe, ruhend auf einem Postament aus schwedischen Granit, bestehen. Die Verwirklichung der sehr dankenswerten Absicht der Stifterin wird voraussichtlich bis zum Herbst 1897 erfolgen können.

**Pforzheim, 11. Nov.** Der Kaufmann Philipp Ruf, welcher am 31. Mai d. J. seine 3 Kinder ermordet hat, ist jetzt von Heidelberg, woselbst er auf seinen Geisteszustand untersucht wurde, wieder hierher verbracht worden. Er wird, laut „Schw. M.“, demnächst der Zerknirschung überwiegen werden, nachdem nunmehr seine Anrechnungsfähigkeit in Heidelberg konstatiert worden ist. Der geistige und körperliche Zerfall des Mörder ist in letzter Zeit so rasch vorgegeschritten, daß Ruf wohl nicht mehr lange unter den Lebenden weilen wird.

**Pforzheim, 10. Nov.** Aus vorerlässiger Quelle erfährt die „Schw. Ztg.“, daß der vor einigen Monaten von hier flüchtig gefangene Notar Korn in Dar-es-Salaam (Deutsch-Ostafrika) freiwillig dem deutschen Gericht gestellt hat.

**Achern, 11. Nov.** Heute Nacht brannte it „Mittel. Nachr.“ bei den Herren Erbberer'schen Gebr. Buhl in der Oberstadt der dort ganz aus Holz gebaute Lohschuppen ab. Viele hundert Zentner Gerberlos lieferten dem verberenden Elemente Nahrung und die rasch herbeigeleitete Feuerwehr mußte sich nur auf den Schutz der Nachbargebäude verlegen. Die verbrannten reichen Vorräte sind verlohren.

**Kauf, 11. Nov.** Gestern wurde die Leiche des im Streite erstochenen 27-jährigen Landwirt Bernhard Kienz feiert, und zwar in Gegenwart der Tat verdächtigen Lauer Burschen Anton und Leonhard Kummel und Leonhard Zimmermann. Diese drei benahmen sich it „Mittel. Nachr.“ dabei höchst frech und leugnen hartnäckig, die Tat begangen zu haben. Kienz soll 11 Stiche bekommen haben.

**Schönberg, 11. Nov.** Der in Frankfurt verhaftete Bankier Federlin spielte im Prozeß des Sparkassenredners Baur eine Rolle. Er hatte Baur wiederholt unangenehme Schlüsselscheine geschickt, so daß diesem seine betrügerischen Manipulationen außerordentlich erleichtert wurden. Federlin wurde damals von der Staatsanwaltschaft als ein recht eigentlicher Bankier bezeichnet, dessen Vorgehen eigentlich vor den Strafrichter gehöre.

**Aus dem Bezirke Müllheim, 9. Nov.** Mit der projektierten Marktgärtler Zuchtgenossenschaft geht es wieder ein Stück vorwärts. Nach Besprechungen der Direktoren der landw. Bezirksvereine (Müllheim, Berrach) soll im Laufe der Monate November und Dezember mit der Gründung der Ortsvereine und der Aufnahme der zuchttauglichen Tiere vorgegangen werden. Im Interesse der Landwirtschaft hiesiger Gegend ist zu wünschen, daß recht viele Landwirte der Genossenschaft beitreten. — Unsere landwirtschaftliche Winterschule wird sich voraussichtlich in diesem Winter einer Frequenz zu erfreuen haben, wie sie dieselbe noch niemals gehabt hat. Am Samstag waren schon 30 Schüler angemeldet. — Herr Dr. Greder von Staufen hielt gestern Abend im Soldatenverein in Müllheim einen äußerst befallig aufgenommenen Vortrag über Kamerun, allwo sich derselbe früher einige Zeit aufgehalten hat.

**Blumenfeld, 9. Nov.** Am vergangenen Donnerstag fand die Einweihung des neuerbauten Krankenhauses durch eine schlichte, würdige, dem Zwecke entsprechende Feier statt. An die Großherzogin in Baden-Baden war folgendes Telegramm abgegangen worden:

„Die anlässlich der Eröffnung des neuen Krankenhauses versammelten Vertreter der Behörden und Gemeinden entbieten Eurer Königl. Hoheit ehrerbietigsten Gruß und aufrichtigsten Wunsch baldiger Genesung unseres geliebten Landesfürsten. Der Vorstand des Spitals: Doktor Berner.“

Abends trat die Antwort in folgendem Wortlaut ein:

„An den Vorstand des Spitals

Herrn Dr. Berner, Blumenfeld.  
Ich erhalte mit aufrichtigem Danke Ihre freundliche Begrüßung, welche Sie anlässlich der Eröffnung des neuen Krankenhauses namens der versammelten Vertreter der Behörden und Gemeinden an mich gerichtet haben und erwidere dieselben in dankbarer Erinnerung an meinen Wunsch Ihrer Anstalt mit herzlichen Wünschen für segensreiche Entwicklung Ihres schönen neuen Spitals. Der Großherzog dankt für die ihm ausgesprochene warme Teilnahme an seinem Krankenheil recht aufrichtig. Es ist mir eine besondere Freude, von den Gottlob sehr günstigen Fortschritten seiner Genesung Ihnen Mitteilung machen zu können. Sehr hoffe ich, einmal wieder Blumenfeld zu besuchen.  
Großherzogin.“

### Aus der Residenz.

**Karlsruhe, 12. Nov.**  
— **Sofort.** Das Fortschreiten der Genesung S. K. H. des Großherzogs ist andauernd bestrebend. Das Allgemeinbefinden hat sich so weit geteilt, daß höchstens schon 4—5 Stunden des Tags außer Bett zubringen kann. Geheimerat Dr. Gerny hat sich am Dienstag von dem guten Verlauf des ärztlichen Heilungsprozesses überzeugt und die chirurgische Behandlung abgeschlossen. Privatdozent Dr. v. Wed, welcher bisher auf Schloß

Baden gewohnt hat, ist am Mittwoch nach Heidelberg zurückgekehrt. Die weitere Behandlung wird durch Prof. Dr. Feiner und Hofrat Dr. Obtricher geführt werden.

— **Der „Badische Landesbote“** rettet wieder einmal das Vaterland, indem er zum 999sten male auf den Fall Bräuerwitz zu sprechen kommt. Er bringt als neueste Neuigkeit die Angaben einiger Augenzeugen, die wir schon vor vielen Wochen mitgeteilt haben. Das demokratische Blatt behauptet freilich in vorwurfsvollem Tone, die „Bad. Landesztg.“, der die Aussagen jener Augenzeugen schon früher zur Kenntnis gebracht worden seien, habe es nicht für ihre Pflicht gehalten, dieselben zu publizieren; allein sobald der „Bad. Landesbote“ etwas ganz gewiss weiß, dann ist es ganz gewiss — nichts. Das Blatt macht sich ja mit den „vorzüglichen Quellen“, aus denen es seine Nachrichten schöpft, nachgerade jeden Tag lächerlich.

— **Internationales Komitee zur Veranstaltung wissenschaftlicher Luftfahrten.** In der Nacht vom 13. zum 14. November (Freitag zu Samstag dieser Woche) werden, wenn die Witterung es zugebenwie gestattet, gleichzeitig um 2 Uhr morgens, Pariser Zeit, drei unbemannte Ballons von Paris, Straßburg und Berlin aufsteigen, die mit verschiedenen registrierenden Instrumenten versehen sind und die Aufgabe haben, die meteorologischen Verhältnisse der höheren Schichten der Atmosphäre zu erforschen. Da die Landungsstellen, wo die Ballons niedergehen werden, sich nicht vorher bestimmen lassen, so werden die Zeitungen gebeten, die nachfolgenden allgemeinen Vorschriften für die Behandlung der Ballons nach deren Auffindung möglichst zu verbreiten. Die drei Ballons besitzen einen Durchmesser von 7—9 Meter. Sie tragen an einer Aufhängevorrichtung, die 15—20 Meter unter dem Ballon hängt, einen zylinderförmigen Korb, dessen Außenfläche polig und verbleibtem Papier umgeben ist und der die wichtigsten Bestandteile der Unternehmung, die registrierenden Instrumente, enthält. Dieser Korb darf unter keinen Umständen geöffnet werden, sondern ist behutsam an einen sichern Ort zu transportieren und dort in Verwahrung zu behalten bis er abgeholt wird. Sogleich nach Auffinden desselben müssen Pfeifen und Cigarren, überhaupt jedes offene Feuer entfernt werden, um eine Explosion des vielleicht noch teilweise gefüllten Ballons zu verhüten. Vorschriften für die weitere Behandlung sind jedem Ballon in verschiedenen Sprachen beigegeben und nach Angabe der ebenfalls in verschiedenen Sprachen abgefaßten, mit großer Schrift gedruckten Plakate leicht aufzufinden. Derjenige, der einen Ballon aufsteigt und vorschrittmäßig behandelt, erhält eine Belohnung von 50—80 Mark. Der Finder wird ersucht, sofort eine telegraphische Benachrichtigung an den Absender des Ballons (Telegraphen-Adresse bei den Vorschriften des Ballons) gelangen zu lassen. Sämtliche Kosten, die beim Auffinden, sowie durch das Begehen des Ballons entstehen, insbesondere die Telegraphengebühren, desgleichen die oben angegebene Belohnung werden sofort durch den Abholer ausgezahlt.

— **Hundstare.** Im Monat Juli l. J. gelangten im Großherzogtum 40360 Hunde zur Anmeldung und Betzung. Außerdem wurden 4779 Hunde in der Zeit zwischen der 1895er Hundemusterung und dem 31. Mai 1896 verlost. Hiernach beträgt die Gesamtzahl der 1896 verlosteten Hunde 45139 gegen 44243 im Jahre 1895, woraus sich für das laufende Jahr eine Zunahme von 896, d. i. 2,02 Proz., ergibt, während die Zunahme im Jahre 1895 2146, d. i. 5,1 Proz., und 1894 2511, d. i. 6,3 Proz., betragen hatte. Im laufenden Jahre hat die Vermehrung lediglich in den Gemeinden unter 4000 Einwohnern, woselbst die Tage nur 8 W. beträgt, stattgefunden; hier wurden 33510 (gegen 32468), somit 1042 mehr als im vorigen Jahre, verlost. In den Gemeinden, in welchen die Tage 16 W. beträgt, ist in diesem Jahre eine Abnahme der Hunde um 146 (11 629 gegen 11 775 im Jahre 1895) zu verzeichnen. Das Verhältnis der Zahl der männlichen zu der der weiblichen Hunde ist nicht wesentlich geändert worden, so daß, wie in früheren Jahren, auf 8 männliche Hunde während eine weibliche kommt. Die Gesamtzunahme aus der Hundstare belief sich auf 45414 W. gegen 44814 W. im Vorjahre.

— **Ein behaglicherer Winter** ereignete sich gestern in der Bahnhofsvorstadt, indem 2 Arbeiter die Hände von einer Maschine so schrecklich verstimmt wurden, daß eine Amputation unausbleiblich sein dürfte.

— **Ein tragisches Ende** hat der Sohn einer Witwe in Grünwäld gefunden. Vor kurzer Zeit ging der junge Mann mit einem Wirt zum Weinkauf, bekam mit diesem auf dem Rückweg Streit und schlug ihn im Zorne nieder. In der Meinung, er habe seinen Gegner, der sich heute vollständig erholt hat, getödtet, suchte sich der junge Mann und irrte im Walde umher, wo er sich schließlich entleerte. Gestern wurde der Leichnam von Jägern gefunden.

### Ausländische Nachrichten.

S. K. H. der Großherzog hat den Rechnungsrat August Schleicher bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt; Neudorf Karl v. Weid bei der Katastralkontrolle wurde mit der Beförderung des Statenskommissariats Stenzlingen betraut.

— **Nr. 29 des Gesetzes** und Verordnungsblatts für das Großherzogtum Baden vom 10. November hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung und Verordnungen: des Ministeriums des Groß. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten: die Befreiung von Anstaltskosten bei Viehhöfendörfern auf Eisenbahnen betr.; des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: die Führung der Grund- und Pfandbücher und der Landesregister für abgeordnete Gemeinden betreffend; die Feststellung, Erhebung und Berechnung der allgemeinen Kirchensteuer der evangelisch-protestantischen Landeskirchen betr.; das Verfahren bei Erhebung kirchlicher Steuern in evangelischen Kirchgemeinden, die Rechnungslegung und Rechnungsabrechnung der Ministerien der Finanzen: die Ordnung für die Ein- und Ausladeplätze am Main zu Wertheim betr.; den Vollzug des Biersteuergesetzes betr.

### Rechtspflege.

— **Tagesordnung der Strafkammer I des Großh. Landgerichts Karlsruhe.** Freitag, 13. November, vormittags 9 Uhr: Theodor v. Glatz von hier und Wilhelm v. Heide aus Hagsfeld wegen Diebstahls. Gustav v. Kreis aus Trienz wegen Diebstahls. Johann v. Kochler aus Mautloch wegen Diebstahls. Salomon v. Wolf aus Freiburg wegen Betrugs und Urkundenfälschung.

### Stimmen aus dem Publikum.

— **Pforzheim, 9. Nov.** Die Anregung, beim Theater eine elektrische Uhr anzubringen, findet gewiß nicht nur in der Residenz, sondern auch bei allen auswärtigen Theaterbesuchern volle Zustimmung, da sie am zuverlässigsten durch eine öffentliche Uhr genaue Bahnzeit erfahren können. Ueberdies ist es im Winter sehr angenehm, nicht erst den Ueberzieher um Hoch öffnen zu müssen. Die Theaterverwaltung würde sich durch diese Anordnung sicherlich den Dank des Publikums erwerben.

### Verschiedenes.

— **Kleine Mitteilungen.** Avignon. Der Geniehauptmann Charles Courine erhielt 30 Tage Festungsarrest, weil er während der Ueberbrückung des dem Erzbischof Suenet ein Schiff zur Verfügung stellte, das die Geistlichen zum Besuche der Strassen und Behörden benötigten. Die Beurlaubung erfolgte auf Wunsch des tabulalen Abgeordneten und Bürgermeisters von Avignon, Pierre de Volpierre, der jetzt von den konservativen Organen aus hiesige angefahren wird. — **Paris.** Der Direktor des weiblichen geleiteten Gymnasiums von Montargis, der 60jährige Abbé Perrot, wurde während des Schlafes von einem Uebertäter überfallen und mit Hammerschlägen lebensgefährlich verwundet. Der Thäter ent-







